



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Herbstsession des Nationalrates: Erfolgreiche Herbstsession im Zeichen harter Politarbeit

Thürnen, 30. September 2024

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Es gibt sie, die erfolgreichen aber auch harten Sessionen. Wir haben viel gearbeitet und wichtige Geschäfte voran gebracht, vor allem in der Asylpolitik und in der Frage der Individualbesteuerung. Das freut mich, aber es ist auch wichtig Klartext zu sprechen: Das «Investitionsprüfgesetz» welche Eigentümer von Firmen entmündigt oder die Enteignung, die durch die JUSO geplant wird, müssen verhindert werden.

Asylpolitik überdenken – hart aber fair! (24.3056, 24.3057, 24.3058, 24.3059, 23.3886, 24.3035, 24.3456, 24.3603)

Die ausserordentliche Asylsession war für uns wichtig, um unsere Linie stärker einzubringen. Die FDP steht für eine konsequente aber faire Politik ein. Mir persönlich ist es wichtig zu sagen, dass ich mich darüber ärgere, dass heute echte Flüchtlinge unter Generalverdacht stehen. Zu viele Menschen kommen zu uns, die nicht als anerkannte Flüchtlinge anzusehen sind. Dies schadet! Das System muss so justiert werden, dass echte Flüchtlinge unsere Hilfe rasch und unkompliziert bekommen – und nicht «vermeintliche» Flüchtlinge unsere Hilfe und Systeme missbrauchen.

Zusätzlich brachte die Fraktion eigene Vorstösse ein, darunter die Forderung nach verstärkten Personenkontrollen an Grenzübergängen, um illegale Migranten frühzeitig aufzuhalten oder medizinische Leistungen für illegal eingereiste Migranten sollen auf Nothilfe beschränkt werden, um Missbrauch im Gesundheitssystem zu verhindern. Mit diesem neuen Kurs unterstreicht die Fraktion ihre Entschlossenheit, Missbrauch im Asylsystem zu bekämpfen, ohne den Schutz von wirklich Schutzbedürftigen zu gefährden. Das geschlossene Auftreten der Fraktion signalisierte, dass der neue Kurs nicht nur Worte bleiben soll.

Schweiz kündigt Europäische Menschenrechtskonvention nicht (24.3503)

In der ausserordentlichen Session zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) konnte die FDP eine Kündigung der Konvention verhindern und gleichzeitig die Motion von Andrea Caroni (FDP/AR) durchsetzen. Diese fordert, dass die Schweiz sich auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentriert, um den Handlungsspielraum der Staaten zu schützen. Damit stärken wir den Menschenrechtsschutz, ohne die Souveränität der Schweiz zu gefährden.

Individualbesteuerung - Anliegen der FDP-Frauen nimmt erste Hürde (24.026)

Die Beseitigung der Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer ist seit gut 40 Jahren pendent. Die «Initiative für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» der FDP-Frauen, die sogenannte Steuergerechtigkeitsinitiative, verlangt, dass natürliche Personen unabhängig von ihrem Zivilstand individuell besteuert werden.

Da das Parlament den Bundesrat schon bei der Legislaturplanung 2019-23 beauftragte, einen entsprechenden Gesetzesentwurf zu erarbeiten, stellte die Regierung der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber.

Als Eckwerte nennt der indirekte Gegenvorschlag folgende Punkte:

- Ehepaare werden wie unverheiratete Paare individuell besteuert;
- Kinderabzüge sind auf beide Partner hälftig aufzuteilen;
- Der Kinderabzug wird von heute 6700 Franken auf 12000 Franken erhöht;
- Der Tarif der Bundessteuer wird angepasst, um Steuerausfälle zu vermeiden;
- Die Individualbesteuerung ist nicht nur für den Bund, sondern auch für die Kantone und Gemeinden vorgesehen.

Gewichtigster Vorteil der Vorlage ist der Umstand, dass sich ein Zusatzeinkommen für Ehepaare wieder lohnt. Zweitverdiener sind immer noch am häufigsten die Frauen, deren Karrierechancen und die Altersvorsorge sich durch die Individualbesteuerung verbessert. Auch aus der Sicht der Bevölkerungsentwicklung bzw. des Fachkräftemangels infolge Wegfalls der in den Ruhestand verabschiedende Boomer-Generation wird sich die Individualbesteuerung positiv auswirken.

Nach gesamthaft rund einer 7 1/2 -stündigen Debatte waren die Stimmverhältnisse äusserst knapp. Mit 98 zu 93 Stimmen bei einer Enthaltung nahm das Anliegen der FDP-Frauen eine erste Hürde. Nun geht das Geschäft in den Ständerat.

Ein Bürokratie-Monster erster Güte und ein Wirtschaftskiller (23.086)

Die Idee von Ständerat Rieder, dass ausländische Investitionen in Schweizer Unternehmen kontrolliert werden müssen, ist in der Theorie sogar noch nachvollziehbar – aber der Weg über ein «Investitionsprüfgesetz» ist gelinde gesagt «starker Tobak». Interessant ist, dass eine unheilige Allianz der staatshörigen Linken bis zur isolationistischen SVP hinter solch einer Stossrichtung steht. Alleine diese Situation sollte nachdenklich stimmen.

Das Ziel des Gesetzes wäre es, dass in Zukunft die Verwaltung entscheidet, ob ein Unternehmen Investitionen aus dem Ausland erhält oder nicht – so wie in China oder Russland. Die vorberatende Kommission (WAK-N) erweiterte den Geltungsbereich der Vorlage massiv: Neu sollen nicht nur «ausländische staatliche Investoren» kontrolliert werden, sondern generell «ausländische Investoren». Es entscheidet also nicht mehr der Eigentümer, sondern der Staat – dies öffnet Missbrauch, Bürokratie und Willkür Tür und Tor. Es ist eigentlich eine Entmündigung aller Eigentümer von Unternehmen. Sie stehen so auch automatisch unter Verdacht, kriminelles

Geld aus dem Ausland nur allzu gerne anzunehmen. Auch sollen nun bereits KMUs mit 50 Mitarbeitenden von den Investitionskontrollen betroffen sein.

Wir kämpften bereits in der WAK-N allein auf weiter Flur dagegen. Der Nationalrat nickte nun auch noch all diese Verschärfungen klaglos ab.

Als nächstes kommt die Vorlage in die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) und den Ständerat. Der Ständerat ist hier gefragt das Korrektiv zu machen.

Juso-Enteignungsinitiative: Bundesrat klar dagegen ([24.3763](#))

Die Juso-Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – gerecht finanziert» will eine Bundeserbschafts- und -schenkungssteuer mit einem Steuersatz von 50 Prozent einführen. Die Abstimmung darüber wird zwar erst 2026 stattfinden. Doch die Klausel, dass die entsprechende Gesetzesänderung rückwirkend auf den Abstimmungstag in Kraft zu setzen sei, wirft ihre dunklen Schatten voraus. Potenziell Betroffene planen schon jetzt ihren Wegzug aus der Schweiz. Es ist eine grosse Unsicherheit zu spüren. Mit meiner Interpellation wollte ich vom Bundesrat daher wissen, welche Massnahmen er im Falle einer Annahme dieser äusserst schädlichen Initiative geplant hat. Zur Debatte stünden beispielsweise eine rückwirkende Besteuerung für Weggezogene, eine Wegzugssteuer und deren Vereinbarkeit mit der Niederlassungsfreiheit oder sogar ein vorsorglicher Passenzug. Zudem frage ich mich, ob die Schweiz eine Erbschaftssteuerforderung im Ausland überhaupt durchsetzen kann und wie eine solche mit bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen vereinbar wäre.

Der Bundesrat beantwortete meine Fragen klar. Er lehnt die Initiative ab, da sie kein taugliches Mittel sei, die Klimaziele der Schweiz zu erreichen. Er hat sich erfreulicherweise auch ganz klar gegen eine Wegzugssteuer geäussert, was in der Beratungsbranche doch zu einer gewissen Erleichterung bzw. Beruhigung der Situation beigetragen hat.

Eigenmietwert abschaffen geht in die nächste Runde ([17.400](#), [22.454](#))

2017 nahm die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) einen neuen Anlauf, den Eigenmietwert auf selbstgenutztem Wohneigentum, nicht jedoch bei Zweitwohnungen, abzuschaffen. Mit einer Kommissionsinitiative fordert die WAK des Nationalrats, den Eigenmietwert konsequent abzuschaffen, also auch bei vorwiegend selbstgenutzten Zweitwohnungen.

Seit Jahren sucht das Parlament eine mehrheitsfähige Lösung in dieser Angelegenheit. In der Grossen Kammer bildete sich eine Mehrheit, die den kompletten Systemwechsel befürwortet. Das hingegen hat im Ständerat keine Chance. Denn die Vertreter der Kantone – insbesondere der Tourismuskantone - pochen auf die Kompensation der zu erwartenden Einnahmeausfälle. Auch beim Abzug der Schuldzinsen sind sich die beiden Kammern noch nicht einig.

Mit der Vorlage ([22.454](#)) schlägt die WAK-N die Einführung einer Objektsteuer für Zweitliegenschaften vor. Diese soll jedoch nur dann zum Zuge kommen, wenn sich der Rat dazu entschliessen sollte, den Eigenmietwert auch für Zweitliegenschaften abzuschaffen. Es ist eine

Verfassungsgrundlage, wonach die Kantone eine Objektsteuer einführen **KÖNNEN**. Diese soll den Kantonen zur Kompensation der Steuerausfälle dienen. Ausserdem hat die Mehrheit der Kommission beschlossen eine neue Methode des Schuldzinsenabzugs einzuführen. Diese soll den Schuldzinsenabzug noch restriktiver einschränken (und ist auch viel komplizierter) als der Vorschlag des Ständerates. Im Rat folgte eine grosse Mehrheit der Kommission. Einzig die FDP-Fraktion wehrte sich dagegen, um einerseits vor allem den Tourismuskantonen entgegen zu kommen sowie den Schuldzinsenabzug zu vereinfachen bzw. nicht derart einzuschränken und andererseits der Abschaffung zusammen mit dem Ständerat endlich zum Durchbruch zu verhelfen. Ob der Ständerat auf die Vorgaben des Nationalrats einsteigen wird, wird sich in der Wintersession zeigen.

Wie eingangs erwähnt: Die Herbstsession war erfolgreich, aber auch anspruchsvoll. Bis zur Wintersession geht's zügig und intensiv weiter. Ich gönne mir jetzt aber erst mal ein paar Tage Erholung und hoffe, dass auch Sie ein paar goldene Herbsttage geniessen können.

Ich freue mich darauf, Ihnen kurz vor Weihnachten wieder aus der Wintersession zu berichten.

Herzlich,



Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch